ÖSTERREICH ARCHIV

HANS STURMBERGER

**DER WEG ZUM
VERFASSUNGSSTAAT**

**DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG
IN OBERÖSTERREICH VON 1792—1861**

R. OLDENBOURG VERLAG, MÜNCHEN

SCHRIFTENREIHE DES
ARBEITSKREISES FÜR ÖSTERREICHISCHE GESCHICHTE

Copyright 1962 by
Verlag für Geschichte und Politik
Wien

Druck: R. Spies & Co., Wien

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	5
I. ZWISCHEN ZWEI REVOLUTIONEN	
Der Einfluß der Französischen Revolution	7
Politische Strömungen im Vormärz	20
II. DER VERSUCH VON 1848 UND SEIN SCHEITERN	
Der Durchbruch des neuen politischen Denkens	47
Der oberösterreichische Landtag im Jahre 1848	66
III. DAS JAHRZEHNT NACHHER	
Der Nachklang des Jahres 1848	84
Der zwiefache Badsche Absolutismus im Lande Oberösterreich	99
SCHLUSS: Der neue Anfang von 1861	113

VORWORT

Das Jahrhundert parlamentarischen Lebens in Österreich, das sich im Jahre 1961 vollendete, bot hinreichenden Anlaß, sich mit dem Werden des österreichischen Verfassungsstaates zu beschäftigen und zu untersuchen, wie es dazu kam, daß nach jahrzehntelanger Sehnsucht endlich die Mitbestimmung des Volkes am politischen Leben Österreichs zugestanden wurde. Nun sind die großen Linien der allgemeinen historischen Entwicklung in Österreich seit dem Ausbruch der Französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Oktoberdiplom von 1860 und zum Februarpatent 1861 bestens bekannt. Gerade dies mußte verlocken, diese Entwicklung gleichsam von unten her, von einem kleinen österreichischen Land, vom Volk selbst, von Kleinbürgern, von Bauern und von Intellektuellen der kleinen Städte und Märkte des oberösterreichischen Landes her zu untersuchen. Denn wenn in diesen Jahrzehnten der großen Wartezeit, da man bis in die untersten Schichten des Volkes von Konstitution, von Freiheit und Gleichheit träumte, dieses Volk auch nicht das große politische Geschehen bestimmte, so war es mit seinen Wünschen, mit seinem Begehren nach Mitbestimmung doch vorhanden und formte durch sein noch unberücksichtigtes Wollen die politische Entwicklung weitgehend mit.

Wenn hier versucht wird, das politische Geschehen im Lande Oberösterreich von Kaiser Leopold II. bis zum Beginn des Verfassungslebens von 1861 zu zeichnen, so sollte sich gleichsam am Paradigma Oberösterreichs die größere politische Entwicklung in Österreich widerspiegeln. Es sollte nicht nur der äußere Verlauf der Ereignisse hier lebendig werden, und die offiziellen Konturen der Geschichte sich abzeichnen, man sollte auch sehen, was man in den unteren Schichten des Volkes sich über die politischen Ereignisse dachte. Denn die verborgenen Wünsche scheinen ebenso wichtig wie das von Monarch und Regierung gelenkte Geschehen. Dieses Hinabsteigen zum „gemeinen Mann“ bedeutet in mancher Hinsicht Detail, bedeutet viele kleine Dinge, die in ihrer Gänze erst ein Gesamtbild geben. Und wenn auch

das Wort Aby Warburgs, daß der „liebe Gott im Detail“ sei, etwas überspitzt klingen mag, so haben die kleinen Ereignisse in der Geschichte doch unendliches Gewicht. Denn sie sind es, aus welchen sich die richtige, dem wahren Geschehen entsprechende „große Linie“ ergibt. Gerade in diesem Zeitraum von 70 Jahren bot nur die Episode von 1848 die Möglichkeit eines offenen Wortes, vorher und nachher war die Freiheit verbannt in die Herzen der Menschen. Die österreichische Polizei suchte nach diesen verborgenen Wünschen und ihren Äußerungen in gleicher Weise zur Zeit der Revolutionsära um 1800 wie im Vormärz und im Jahrzehnt des erneuerten Absolutismus unter dem jungen Kaiser Franz Josef. So ergibt sich aus den dürren Akten der Polizei, aus manch versteckter Broschüre, aus Notizen und Berichten der Regierung, aus Zeitungsaufsätzen und Briefinterzepten ein Bild der Zeit, das sich wie ein Mosaik aus kleinen Steinchen zusammensetzt. Aber aus dieser landesgeschichtlichen Untersuchung ist auch das Werden der politischen Parteien zu erkennen, man sieht, wie im Jahre 1848 die unerfahrenen Versuche eines parlamentarischen Lebens einsetzen und wie nachher auf der Basis von 1848 eine Art von liberalem Absolutismus eingeführt wird.

Das Land ob der Enns steht hier für ganz Österreich. Das Besondere weist zur Erkenntnis des Allgemeinen und das Kleinbild ist wie ein Mikrokosmos des Größeren. Es ist nur ein anderer Aspekt, der Blick von der Landesgeschichte her, unter dem das Bild der gesamtösterreichischen Entwicklung gesehen wird. Darum möge dieser Versuch, die politischen Strömungen und das politische Geschehen von 1792 bis 1861 in einem österreichischen Land zu zeichnen, zugleich auch ein Beitrag zur Geschichte Österreichs sein im Sinne Leopold von Rankes, der meinte, das Einzelne habe stets Bezug auf das Ganze.

Hans Sturmberger

Linz, im Frühjahr 1962.

I.

ZWISCHEN ZWEI REVOLUTIONEN

Der Einfluß der Französischen Revolution

Wenn man für die Epoche von 1790 bis 1848 von einer Ära zwischen zwei Revolutionen spricht, so ist das auch für Österreich und auch für das kleine Land Oberösterreich richtig. Gewiß hat Österreich zur Zeit der Französischen Revolution selbst keine revolutionäre Bewegung im eigentlichen Sinne des Wortes erlebt, die Strömungen und Unzufriedenheitsäußerungen am Ende des Jahrzehnts Kaiser Josefs II. hatten nicht den Charakter einer echten Revolution, die mit dem radikalen Zusammenbruch eines alten Gesellschaftssystems grundlegend Neues hervorbringt. Aber die große Revolution in Frankreich ist doch für die ganze europäische Geschichte und damit auch für Österreich von solcher Bedeutung, daß man sie an den Anfang einer auch in Österreich beginnenden neuen Entwicklung setzen kann. Diese Bedeutung liegt in ihrem geistigen Gewicht, in der Strahlkraft ihrer Idee und in ihrer praktischen Auswirkung auf die Geschehnisse durch die französische Expansion und den napoleonischen Universaldominat. Durch beide Momente wirkte die Revolution auf das Geschehen in Österreich ein. Daß eine neue Epoche begann, hatte nicht nur Goethe empfunden und dies in seiner „Campagne in Frankreich“ zum Ausdruck gebracht. Es ist bekannt, wie die Revolution in weiten Kreisen der deutschen Intelligenz als der Frühling der Freiheit, als der Anbruch einer neuen Zeit begrüßt wurde. Da priesen nicht nur Friedrich Gottlieb Klopstock und Friedrich von Schiller die anbrechende neue Zeit, da schwärmten auch Immanuel Kant, Friedrich Gentz und Johannes von Müller, und Klopstock hatte das Volk als den neuen Riesen, als die neue Macht des kommenden Jahrhunderts zu erkennen geglaubt. Aber trotz dieses Begrüßungsturmes in Deutschland für die junge Revolution war man sich über das Ausmaß des Umbruches noch nicht ganz im klaren; als die Revolution sich zum Terror entwickelte, da begann der Glaube an ihre gute Wirkung zu schwinden und mit Burkes „Betrachtungen über die Französische Revolution“, welche Gentz ins Deutsche übersetzte, trat neben die ausgelösten Kräfte der Revolution bereits die konservative Idee, die sich diesem Gedanken der Freiheit

und Volkssouveränität und der Idee der Nation entgegenstellte¹⁾. Heute ist es gewiß, daß die große Revolution das entscheidendste Ereignis seit der Reformation war und das Geschehen im ganzen folgenden Jahrhundert durch ihre siegreichen Ideen bestimmte.

In Österreich war durch den Josefinismus eine Situation gegeben, die zunächst ein unmittelbares Wirksamwerden der Revolutionsideen verhinderte. Der Josefinismus in seiner Gesamterscheinung, nicht bloß als Bezeichnung des kirchenpolitischen Systems Kaunitz', war eine Revolution von oben und suchte durch die radikale Ausbildung des fürstlichen Wohlfahrtsstaates die Revolution von unten zu verhindern²⁾. Dies gelang ihm auch für seine Zeit und verschob die Entfaltung der neuen politischen Kräfte in der habsburgischen Monarchie um ein halbes Jahrhundert. Der Josefinismus war in seinem Wollen und seiner Zielsetzung sicherlich ein fortschrittliches System, aber er benützte die altverworfene Form des absolutistischen Fürstenstaates, um den Fortschritt im Sinne der Idee, daß das allgemeine Wohl das Ziel jeder Regierung sei, zu betreiben. In dieser Zwitterstellung zwischen dem zum Höchsten gesteigerten Absolutismus und den Ideen der Aufklärung, ja als eine Synthese beider Ideen, erschien er den Zeitgenossen weitgehend als Entfaltung eines stärksten Despotismus, den liberalen Nachkommen aber als ein von freiheitlichen, naturrechtlichen Gedanken bestimmtes politisches System.

Die heftige und leidenschaftliche Reaktion gegen die gehetzten Reformen des Kaisers am Ende seiner Regierung und die ständische Bewegung nach seinem Tode und am Anfang der kurzen Ära Leopolds II. verdienten mehr Beachtung und nähere, eingehendere Untersuchung, als sie es bisher fanden. Denn hier ist Altes und Neues so verwachsen, daß die Beurteilung leicht in die Irre gehen kann. War es nur eine reaktionäre Bewegung, getragen vom alten Ständetum, welches egoistisch und in engem Standes- und Klassendenken nur das Alte wiederherstellen wollte, oder waren doch auch moderne Gedanken der Repräsentation und konstitutionelle Ideen mit im Spiele?

Josef II. war der Gedanke einer Mitregierung oder einer Teilhabung des Volkes an der Regierung fremd. Bei Leopold II. war jedoch die Sache ganz anders. Er war stark von konstitutionellem Denken beeinflußt, er hatte in Toskana einen modernen, aufgeklärten Musterstaat eingerichtet und selbst die Französische Revolution begrüßt. Die Frage, warum er, als er zur Regierung der Monarchie gekommen war, nicht die Gedanken einer Verfassung verwirklicht hat, ist noch nicht

¹⁾ M. Göhring, Geschichte der Großen Revolution, 2 (1951), S. 150; K. v. Raumer, Deutschland um 1800, in: Deutsche Geschichte, 3/1, hrsg. v. L. Just, S. 24 ff.

²⁾ F. Valjavec, Der Josefinismus, 2. A. (1945); vgl. auch das 5bändige Werk von F. Maaß, Der Josephinismus, Fontes Rer. Austr., II., 71—75.

ganz eindeutig zu beantworten³⁾. Offenbar wollte er zunächst die begonnene revolutionäre Strömung abfangen, den unzufriedenen Kräften des alten Ständetums entgegenkommen, die Unruhe dieser Jahre abwarten und Zeit gewinnen, um dann ungestört von dem Sturm, der über Europa sich zusammenballte, ein modernes Österreich zu schaffen. Die Wiederherstellung der alten Ständeversammlung, die Josef II. faktisch annulliert hatte, war wohl ein reaktionärer Akt, aber ob dabei nicht doch der Gedanke eine Rolle spielte, später durch Aus- und Umbau dieser Institution sich die Grundlage für eine Repräsentativverfassung zu bilden, ist eine Frage, die noch nicht mit Gewißheit beantwortet werden kann. Die ständische Verfassung, die erstarrt war, und deren Träger die alten Landstände waren, in Oberösterreich die Prälaten, die Herren, die Ritter und die landesfürstlichen Städte, bot in sich doch weitgehend die Möglichkeit einer Erweiterung im Sinne des Eintretens der Stände des Bürger- und Bauertums in diese Körperschaft. Hat doch später auch Kübeck Kaiser Josef II. den Vorwurf gemacht, daß er seine Reformen nicht durch Mithilfe der Stände bewirkte und so eine Kontinuität der Entwicklung herstellte⁴⁾. Die bisherigen Stände waren ja längst, gerade seit ihrer politischen Entmachtung durch das absolutistische Landesfürstentum, aus Vertretern des Landes in seiner Gesamtheit zu „Ständen“ im Sinne einer privilegierten Klasse geworden. Setzte man an ihre Seite Vertreter der anderen Klassen, die bisher nicht vertreten waren, so schuf man eine Volksvertretung, die den Forderungen der konstitutionellen Idee sehr nahe kam und die Gedanken der Montesquieschen Gewaltenteilung zu verwirklichen in der Lage war. Der Gedanke dieser Erweiterung des ständischen Körpers war in Österreich schon gedacht worden. Der Beamte der Wiener Hofkammer, Christian Schierl von Schierendorf, hatte um 1705 nicht nur die Idee der Einberufung österreichischer Generalstände vertreten, sondern auch angeregt, daß in diesen ständischen Versammlungen auch der „Gemeine Mann“ vertreten sein sollte, der Bürger und Bauer⁵⁾. Auch zur Zeit Kaiser Leopolds II. wurden diese Gedanken wieder aktuell und gerade von den Gegnern des alten Ständesystems aufgegriffen⁶⁾. Denn so sehr diesen Männern das Ständetum als Vertretung des Adels und des Gutsbesitzes verhaßt war — als die Verkörperung eines überholten Systems —, so sehr dachte man

³⁾ Über Leopold II. vgl. jetzt D. Silagi, Ungarn und der geheime Mitarbeiterkreis Kaiser Leopolds II. (1961); A. Wandruszka, Die Persönlichkeit Kaiser Leopolds II., *Histor. Zeitschrift*, 192 (1961).

⁴⁾ V. Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz (1911), S. 4.

⁵⁾ H. Sturmberger, Vom Weißen Berg zur Pragmatischen Sanktion, Österreich in Geschichte und Literatur, Jg. 1961, S. 243 ff.

⁶⁾ V. Bibl, Die niederösterr. Stände und die französische Revolution, *Jhb. Ldkde. Niederösterreich. N. F.*, 2 (1903), S. 79 ff.

damals an eine erweiterte Körperschaft, die aus den Ständen eine echte Repräsentation des Gesamtinteresses machte. So hat z. B. im österreichischen Staatsrat schon im Jahre 1790 Staatsrat Eger die grundsätzliche Forderung erhoben, daß auf den Landtagen die Bauernschaft vertreten sein müsse⁷⁾ und auch der Präsident der Hofrechnungskammer, Graf Zinzendorf, trat 1791 für eine Reorganisierung der Landstände ein, bei denen die Untertanen selbst vertreten sein müßten. In einem Gutachten dieses Staatsmannes kommen stark Ideen der Französischen Revolution zur Geltung, die sich gegen die rein reaktionären Wünsche der steirischen und kärntnerischen Stände wendeten⁸⁾. Wir wissen von den Verfassungsplänen des ehemaligen Hofmeisters Kaiser Leopolds, Andreas Riedl, allerdings auch vom Scheitern derselben, wobei Leopolds Haltung, wohl bedingt durch die Zeitumstände, noch etwas unklar erscheint⁹⁾. Grundsätzlich zeigt sich, daß in der Restauration der ständischen Verfassung durch Leopold der Keim einer grundlegenden Neuerung gelegen sein konnte. Aber diese Keime wurden durch den frühen Tod des Kaisers und durch die kriegerischen Auswirkungen der Revolution zerstört. Kaiser Franz, als Kronprinz selbst sich dessen bewußt, daß „der Bauer die Rechte einsieht, welche er als Mensch fordern kann“¹⁰⁾, stand unter der großen Einwirkung des Zeitgeschehens. Der Horror vor der Revolution bestimmte dann im großen Ausmaß seine Haltung während seiner ganzen Regierungszeit, eine Haltung, welche durch ängstliches Bewahren des Alten und Unterdrückung aller revolutionären und freiheitlichen Regungen überhaupt gekennzeichnet war.

Wie war nun die Lage in Oberösterreich am Ende des 18. Jahrhunderts? Der Josefismus hatte hier vor allem in der Landeshauptstadt sehr stark Wurzel gefaßt, und die Reformen des Kaisers hatten sich im Lande ob der Enns sehr bedeutsam ausgewirkt¹¹⁾. Durch die Errichtung einer Landesregierung im Jahre 1783 wurde Oberösterreich, das immer in einem gewissen Zusammenhang mit Niederösterreich geblieben war, eine eigene Provinz des josephinischen Staates, durch die Gründung des Bistums Linz (1783—1785) wurde das Land kirchlich

⁷⁾ F. Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770—1815 (1961), S. 368; V. Bibl, Die Restauration der niederösterreich. Landesverfassung unter Kaiser Leopold II. (1902), S. 52.

⁸⁾ M. Wutte, Beiträge zur Verwaltungsgeschichte Kärntens, Carinthia I, 133, S. 56.

⁹⁾ Valjavec, Strömungen, S. 192; A. Wandruszka, in: Histor. Zeitschrift, 190 (1960), S. 184.

¹⁰⁾ Bibl, Niederösterreich. Stände und französische Revolution, Jb. Lkde., a. a. O. S. 96.

¹¹⁾ H. Sturmberger, Zwischen Barock und Romantik, Jahrbuch d. öö. Musealvereines, 93 (1948).

vom Bistum Passau losgelöst und bildete nun eine eigene Diözese. Auch hier hatte der Kaiser die landständische Verfassung, die formal wohl bestehen blieb, derartig verstümmelt, daß sie praktisch lahmgelegt war¹²⁾. In einer zeitgenössischen Druckschrift „Die Gimpelinsel“, einer bösen Satire auf das Linz dieser Zeit, ergießt der anonyme Autor auch über die oberösterreichischen Landstände seinen beißenden Spott und meint, sie hätten schon „ihr Stückel, welches sie singen müssen, und werden dazu aber eigentlich auf dem Werkel abgerichtet. Ist immer das alte Stückel . . . es wäre besser, wenn diese ständische Pantomime gar abgeschafft . . . würde¹³⁾.“ Josef II. hat sie tatsächlich abgeschafft und damit wie in so vielen anderen Belangen im Geiste des aufgeklärten Jahrhunderts Tradition zerstört. Dieser im Lande ob der Enns herrschende Geist — ein fortschrittlicher aber bürokratisch-despotischer Geist — hatte große Auswirkungen. Er brach in so vielen Dingen mit der Vergangenheit, machte sie lächerlich und hiedurch oft erst sterbensreif, zersetzte den Geist des Barock, schob Liebgewordenes, von altersher Übernommenes, ehrfurchtslos zur Seite, nivellierte alte Ordnungen und schuf doch zugleich viel Positives, wirklich Neues, weil er keine Hemmungen hatte gegenüber allem historisch Gewordenen, das vom Geist der Vergangenheit allein sanktioniert war und vielleicht den Gegebenheiten der neuen Zeit nicht mehr entsprach. Er zerstörte viele der alten Landklöster, wie Mondsee, Garsten, Gleink, Baumgartenberg und Waldhausen, er schuf andererseits aber wieder zahlreiche Pfarren, welche die Seelsorge in einem ganz anderen Ausmaß, als dies bisher der Fall war, intensivieren konnten. Er nahm sich der Bauern an und schützte sie vor dem traditionellen Druck der Grundherrschaften, er popularisierte durch seine Agitatoren und Publizisten das Wissen und er trug den Geist der Aufklärung auch in die niederen Schichten der Bevölkerung, von einer stark sozialen Tendenz bewegt, die nichts mehr mit einer alten barocken Mildtätigkeit zu tun hatte, sondern auf naturrechtlichem Denken beruhte. Er schuf den Schutz der Arbeiter in den Fabriken des Landes, z. B. in der großen Wollzeugfabrik in Linz, und er richtete das staatliche Armeninstitut ein, besetzt von dem Gedanken staatlicher Fürsorge für den armen Bürger. Auch hier in Oberösterreich ergoß sich eine Flut von Broschüren und Pamphleten über das Volk und half mit, den Geist der Ehrfurchtslosigkeit gegenüber allem bisher Verehrten zu verbreiten. Das alles — ob es sich um die Broschüren des in Linz wirkenden Klosteraufhebungskommissars Eybel¹⁴⁾ handelte, die über Papst und Kirche „aufklärten“,

¹²⁾ F. Stauber, *Histor. Ephemeriden über die Wirksamkeit der Stände Österr. ob d. Enns* (1884), S. 82.

¹³⁾ Auszug bei J. Schmidt, *Linzer Kunstchronik*, 3 (1952), S. 283; G. Gugitz, *Die Gimpelinsel*, *Jb. der Stadt Linz*, 1954 (1955), S. 311 ff.

¹⁴⁾ Sturmberger, *Zwischen Barock und Romantik*, a. a. O. S. 163 ff.

ob um die zahlreichen Postillen, welche das Volk anteilnehmen ließen am kirchlichen Denken der Zeit, oder um die Schriften des Dichters Cremeri, der die Härte der Grundherrschaften gegen die Bauern aufzeigte — wirkte mit, den Menschen aus überkommenen Vorstellungen zu lösen, auf seine Rechte hinzuweisen, die er als Mensch und Bürger hatte ohne Rücksicht auf Stand und Namen. Und so war der Josefinismus hier im Lande eine Ersatzrevolution, er lockerte das Erdreich für das Denken des 19. Jahrhunderts, und sosehr er Zwang war, sosehr er Wohltat und Fürsorge für die Untertanen reglementierte, sosehr er sie auch gegen ihren Willen zu ihrem Besten und zu ihrem Wohle zu führen bereit war, sosehr der Staat weitgehend das Individuum beschränkte und despotisch bedrückte, so wurde dieser selbe Josefinismus doch in vieler Hinsicht auch die Wurzel des liberalen Denkens im folgenden Jahrhundert und hatte in seinen sozialen Komponenten doch auch der späteren sozialistischen Bewegung vorgearbeitet¹⁵⁾. Zugleich aber hatte er gerade durch die Übersteigerung der staatlichen Bevormundung die Reaktion im Sinne größerer Freiheit des Individuums hervorgerufen. Solange dieser Geist des Josefinismus auch noch im 19. Jahrhundert die Kirche an den Staat zu binden vermochte, beschwor er gerade durch die enge Beschränkung kirchlicher Freiheit und seine starken Eingriffe in das innere Leben der Kirche die Tendenzen zur Lösung der Kirche aus den Fesseln des Staates und zu einem politischen Katholizismus herauf.

Auch in Oberösterreich führte die leopoldinische Restauration zu einer teilweisen Rückgängigmachung der josefinischen Reformen. Auch hier war das akute Problem, das großen Unmut verursachte, die josefinische Grundsteuerregulierung, die schon am 6. April 1790 durch den neuen Kaiser aufgehoben wurde¹⁶⁾. Die Landstände machten sich auch in Oberösterreich zum Träger reaktionärer Forderungen, aber bei ihnen ist nicht etwa wie in Böhmen ein modern-konstitutionelles Denken festzustellen. Hatten doch die Stände des großen böhmischen Nachbarlandes einen „Vertrag zwischen dem Souverän und der Nation“ gefordert und eine „Constitution“ oder ein „Staatsgrundgesetz“ verlangt. Sie fühlten sich als Repräsentanten des Landes und betonten, daß die Stimme des Volkes die Stimme Gottes sei¹⁷⁾. Die oberösterreichischen Landstände begnügten sich mit Wünschen, welche auf Wiederherstellung der Verfassung vor deren Beschränkung durch Josef II. im Jahre 1783 hinzielten. Es ist freilich bedeutsam, wenn der Regierungspräsident Graf Rottenhann sie darauf verweist, daß sie bei ihren

¹⁵⁾ Valjavec, Josefinismus, S. 109.

¹⁶⁾ F. X. Pritz, Geschichte des Landes ob der Enns von der ältesten bis zur neuesten Zeit (1847), S. 550.

¹⁷⁾ I. Beidtel, Geschichte d. österr. Staatsverwaltung 1740—1848, 1 (1896), S. 424; A. Huber — A. Dopsch, Österr. Reichsgeschichte. 2. A. (1901), S. 286.